



Vorlage KuSA\_05/2006  
zur öffentlichen Sitzung des  
Kultur- und Schulausschusses  
am 03.04.2006

mit 3 Anlagen

An die  
Mitglieder  
des Kultur- und Schulausschusses

## **Quo Vadis Europa?!**

### **Wie geht's weiter nach der gescheiterten Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa?**

Die Europäische Union ist durch die ablehnenden Entscheidungen zur EU-Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden in eine politische Sackgasse geraten, aus der sie nach gängiger Meinung der Fachleute nur mit Mühe herausfinden wird. Besteht die Chance, den Vertrag über eine Verfassung für Europa zu retten? Der Vertrag wurde immerhin bereits in 13 Mitgliedsstaaten ratifiziert: Deutschland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, die Slowakei, Slowenien, Spanien Ungarn und Zypern (Anlage 1).

Mit der im Europäischen Rat beschlossenen Phase des Nachdenkens, auch Reflexionsphase genannt, (Anlage 2) hat im Juni 2005 eine Debatte über die Ziele und Inhalte begonnen, an der sich die Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner, die nationalen Parlamente sowie die politischen Parteien beteiligen sollen. Trotz des Bestrebens der EU, den Verfassungsprozess auf diese Weise weiter in Gang zu halten, ist das Interesse an einer Verfassung für Europa seit der französischen und niederländischen Ablehnung erkennbar gesunken. Viele Politiker wie auch die europäische Öffentlichkeit haben ihr Augenmerk längst auf andere Themen gerichtet. Wird somit die Nachdenkphase womöglich zur Politikpause?

Die Europäische Union sollte sich vor diesem Hintergrund mehr denn je der Frage stellen, wie sie sich zum einen aus ihrer Starre lösen kann und wie sie zum anderen die offenbar gewordene Vertrauenskrise – das Legitimations- und Akzeptanzproblem bei den EU-Bürgern – dauerhaft bewältigen kann.

## Verschiedene Ansätze zur Nutzung der Phase des Nachdenkens (sog. „Reflexionsphase“)

### **Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas**

Auch der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) traf sich im Oktober 2005 in Bonn zu Sitzungen des Hauptausschusses und des Präsidiums. Man kam zu dem Schluss, dass die Kommunen für Bund, Länder und EU wichtige Akteure der europäischen Integration sind. Zudem sei es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort für Europa zu gewinnen. Dies könne besonders auf der kommunalen Ebene gelingen.

Am 12. Dezember 2005 hat sich der Europäische Hauptausschuss des RGRE (europäischer Dachverband) mit der Zukunft des europäischen Verfassungsvertrages auseinandergesetzt und hierzu folgende Beschlüsse gefasst:

- Der RGRE betont erneut, dass der EU-Verfassungsvertrag einen beachtlichen Fortschritt darstellt, insbesondere für die europäischen kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften.
- Er erachtet es allerdings für „äußerst zweifelhaft“, ob der Verfassungsvertrag in seiner derzeitigen Fassung in Kraft treten kann.
- Der RGRE regt an, die wesentlichen Punkte des Vertrages zu behandeln und weniger die detaillierten Regelungen und Bestimmungen, die für die laufende Arbeit der Union wichtig sind, in den Vordergrund zu stellen. Die grundsätzlichen Eckpfeiler mit Verfassungscharakter sollten im Verfassungsvertrag enthalten sein.
- Der RGRE stützt sich bei diesen Überlegungen auf den ursprünglichen Auftrag von Laeken vom Dezember 2001, mit welchem dem Konvent von den Staats- und Regierungschefs die Klärung der Frage mit auf den Weg gegeben worden ist, ob eine Unterscheidung getroffen werden soll zwischen dem Grundvertrag und den sonstigen Vertragsbestimmungen. Der RGRE schlägt vor, diese Frage erneut in den Vordergrund der Debatte über die Zukunft des Verfassungsvertrages zu rücken.
- Der RGRE weist darauf hin, dass die meisten Bestimmungen des Verfassungsvertrages, die die Kommunen betreffen, von den europäischen Institutionen auch jetzt schon innerhalb des gültigen Rechtsrahmens umgesetzt werden können. Der RGRE fordert die EU-Institutionen daher auf, diesbezüglich eine offizielle Verpflichtung einzugehen.

Den Text der Erklärung des Europäischen Hauptausschusses vom 12. Dezember 2005 in Wien ist in Anlage 3 beigefügt.

### **Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion: Der Vorschlag der Europäischen Kommission**

Margot Wallström, Kommissarin für Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie, hat einen Plan D – für Demokratie, Dialog und Diskussion – vorgeschlagen. Er richtet sich an die europäischen Institutionen und die einzelnen Mitgliedstaaten. Der Stand der Diskussionen soll unter österreichischer Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 überprüft werden. Kommissionspräsident Barroso meint: „Die vereinbarte Reflexionsphase darf keine Ausrede dafür sein, nichts Konkretes zu unternehmen“.

Um diese Diskussionen voranzubringen schlägt Kommissarin Wallström verschiedene Maßnahmen vor: Regelmäßige Besuche des Kommissionspräsidenten, seiner Vizepräsidenten, sowie anderer Kommissare in den Mitgliedstaaten; die Einrichtung eines Europäischen Rundtisches für Demokratie (zusammengesetzt aus Mitgliedern von Nichtregierungsorganisationen und Vertretern der Zivilgesellschaft); Entsendung sogenannter „Goodwill-Botschafter“ zu regionalen Veranstaltungen und Ereignissen; ein Europäisches Bürgerbegehren; ein Europäischer Bürgerausschuss; verstärkte Einbeziehung der nationalen Parlamente, Erörterung politischer Entwicklungen vor nationalen Parla-

menten durch die Kommissare); eine spezifische Eurobarometer-Umfrage zur Zukunft Europas; der Einsatz moderner Internet-Technologien zur Förderung von Debatten.

Das Konzept der Kommission stößt jedoch bei verschiedenen Europaabgeordneten auf Kritik: Die Kommission verhalte sich im Hinblick auf die Verfassung zu passiv, da konkrete Sachprobleme und Bürgeranliegen in den Vordergrund gerückt würden und nicht die Frage nach der Europäischen Verfassung.

### **Der Plan P: Vorschläge für die Reflexionsphase aus dem Europaparlament**

Dieser Plan zweier Europaabgeordneter hält ausdrücklich an dem Ziel fest, ohne größere Verzögerungen eine konstitutionelle Lösung für die Zukunft Europas zu finden und alle Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass eine europäische Verfassung im Laufe des Jahres 2009 in Kraft treten kann. Die Kommission wird in dem Entwurf aufgefordert, nicht nur die Kommunikationsstrategie des Plans D umzusetzen, sondern auch politische Führung zu zeigen und dazu beizutragen, dass die Union ihre derzeitigen konstitutionellen Schwierigkeiten überwindet.

Um die europaweiten Debatten in der Reflexionsphase zu strukturieren, wird eine Reihe von „parlamentarischen“ Foren vorgeschlagen, unter Beteiligung europäischer und nationaler Parlamentarier. Das Europaparlament soll zudem „Europapapiere“ zu jedem der großen Themen der Union vorlegen, die als gemeinsame europäische Schablone für die nationalen Debatten dienen.

Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, Bürgerforen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu organisieren, die durch einvernehmlich festgelegte Themen strukturiert werden. Der Entwurf nennt vier mögliche Leitfragen für den Dialog:

- Was ist das Ziel der europäischen Integration?
- Welche Rolle soll Europa in der Welt spielen?
- Wie sieht angesichts der Globalisierung die Zukunft des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells aus?
- Wie definieren wir die Grenzen der Europäischen Union?

Der Zeitplan der Berichterstatter sieht vor, dass in der zweiten Jahreshälfte 2007 (während der Ratspräsidentschaft Deutschlands) eine Bilanz der Nachdenkphase gezogen wird, um zu entscheiden, ob eine Verbesserung des vorliegenden Verfassungsvertrages erforderlich ist. In diesem Falle soll 2008 erneut ein Konvent zusammentreten, um den Verfassungstext zu überarbeiten. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger könnten dann im Juni 2009, am Tag der Europawahl, zu dem neuen Verfassungsvertrag ein konsultatives Votum abgeben.

### **Österreichische Ratspräsidentschaft**

Österreich hat bekanntlich zum Jahresbeginn die Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2006 übernommen. Gemeinsam mit Finnland, das in der zweiten Jahreshälfte die Präsidentschaft haben wird, hat es ein Jahresprogramm für die Arbeit des Rates vorgelegt.

Das Programm konzentriert sich auf die Fragen, die für die Bürger in ihrem täglichen Leben von Belang sind. Nach diesem Programm soll die Phase des Nachdenkens intensiv zum Dialog genutzt werden. Die Mitgliedstaaten, und alle Organe der EU sollen sich daran beteiligen. Im ersten Halbjahr 2006 sollen die Ergebnisse bewertet und über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Sie finden dieses Programm auch im Internet:

[http://www.eu2006.at/includes/Download\\_Dokumente/Agendas/operationalprogrammeDE.pdf](http://www.eu2006.at/includes/Download_Dokumente/Agendas/operationalprogrammeDE.pdf)

### **Schlussbetrachtung**

Alle genannten Ansätze haben einen gemeinsamen Tenor: die sogenannte „Reflexionsphase“ muss konstruktiv genutzt werden. Dies klingt sehr abstrakt. Aber gerade auch deshalb beschäftigen wir uns im Europaausschuss des Landkreises mit dieser Aufgabenstellung. Wir wollen Sie über den Fortgang der Angelegenheit auf dem Laufenden halten und appellieren an Sie, über Europa auch in Ihren Städten und Gemeinden zu sprechen. Die Europäische Union ist eine Großbaustelle mit über 50jähriger Bauzeit und vielen Beteiligten. Umso mehr gilt:

**Wenn uns Europa wichtig ist, müssen wir vermitteln, dass bei den Menschen ein europäisches Bewusstsein, eine europäische Identität, eine Beziehung zu Europa entstehen muss.**

Wir müssen Europa den Bürgerinnen und Bürgern nahe bringen. Regelmäßige Berichterstattungen und Diskussionen sind unsere Beiträge über die Fortsetzung des Prozesses.

Unser kommunaler Partner ist der Rat der Gemeinden und Regionen Europas, bei dem Herr Landrat Dr. Rainer Haas Präsidiumsmitglied ist. Der Rat engagiert sich sehr für die Diskussion über Europa. Denn besonders die kommunalen Akteure spielen eine wichtige Rolle dabei, den Bürgern Europa näher zu bringen.

Vor allem junge Menschen in Europa können sich kaum vorstellen, dass man vor gar nicht allzu langer Zeit nur mit Pass- und Zollkontrollen in andere europäische Staaten einreisen konnte. Sie halten es für selbstverständlich, dass sie ohne Barrieren durch Europa reisen können. Nicht anders verhält es sich bei der gemeinsamen Währung, dem Euro. Die jungen Menschen haben die Umstellung auf die europäische Währung längst verinnerlicht und denken nicht mehr an „die gute alte D-Mark“.

Sich darauf auszuruhen wäre jedoch fatal. Die Welt verändert sich stetig und damit auch die Anforderungen an die Politik. Vor diesem Hintergrund muss sich Europa weiter entwickeln und Neues wagen. Jetzt und in Zukunft geht es ums politische Zusammenrücken!

Der Landkreis Ludwigsburg engagiert sich auch mit seinen kommunalen Partnerschaften (siehe Vorlage KuSA\_01/2006) dafür, dass wir Europa den Menschen näher bringen. Um auch junge Leute für das Thema Europa zu gewinnen, schreibt der Landkreis gemeinsam mit der Kreissparkasse Ludwigsburg bereits zum 3. Mal ein Europaquiz aus und fördert den Jugendaustausch der Schulen durch das jährlich stattfindende Jugendnaturschutzcamp mit dem Partnerkomitat Pest in Ungarn und mit vielen anderen Jugendbegegnungen.

### **Beschlussvorschlag:**

Kenntnisnahme